

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat der deutsche Gesetzgeber umfangreiche Gesetzesänderungen zur Bekämpfung des Terrorismus vorgenommen. Obwohl solche Gesetze häufig nicht leicht von Gesetzen zur Strafverfolgung und sonstigen Verbrechensbekämpfung abzugrenzen sind, lassen sich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – **über 25 Maßnahmen** des Bundes hierzu ausmachen (vgl. umseitige Übersicht). Kernelemente dieser „neuen Sicherheitsarchitektur“ sind das **Terrorismusbekämpfungsgesetz** vom 11. Januar 2002 und das **Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz** vom 10. Januar 2007. Beide Regelwerke sind sogenannte Artikelgesetze. Sie fassen die Änderungen von mehr als 15 Fachgesetzen zu einem „Paket“, untergliedert in Artikel, zusammen. Die Gesetze **erweitern die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden** und enthalten Regelungen zur

- Verbesserung des Datenaustausches,
- Verhinderung der Einreise terroristischer Straftäter,
- Einführung identitätssichernder Maßnahmen im Visumverfahren,
- Verbesserung der Grenzkontrollen,
- verstärkten Überprüfung von sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten,
- Aufnahme biometrischer Merkmale in Pässe und Personalausweise,
- Beschränkung extremistischer Ausländervereine,
- Erweiterung der Rasterfahndung hinsichtlich der verwendeten Daten,
- Beschränkung des Schusswaffengebrauchs in zivilen Luftfahrzeugen auf Polizeibeamte,
- Sicherstellung der Energieversorgung.

Das neue **Gemeinsame-Dateien-Gesetz** ermöglicht es darüber hinaus den Nachrichtendiensten und der Polizei von Bund und Ländern, beim Bundeskriminalamt terrorismusbezogene Erkenntnisse zu **gemeinsamen Datenbeständen** zusammenzufassen und darauf zuzugreifen (Anti-Terror-Datei und Projektdaten).

Zwei weitere Gesetze beruhen auf neuen ausschließlichen Gesetzgebungskompetenzen, die der Bund durch die am 1. September 2006 in Kraft getretene Föderalismusreform I erhalten hat. Nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG ist er in bestimmten Fällen zuständig für die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundespolizeikriminalamt (BKA). Auf dieser Grundlage hat der Bund Ende des Jahres 2008 ein entsprechendes Gesetz erlassen, das sogenannte **BKA-Gesetz**. Das BKA hat für die Terrorismusbekämpfung erstmals die Aufgabe der Gefahrenabwehr mit entsprechenden Befugnissen erhalten.

Mit dem **Gesetz über Personalausweise** und den elektronischen Identitätsnachweis hat der Bund außerdem von seiner neuen ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz für das Pass-, Melde- und Ausweiswesen gemäß Art. 73 Abs. 1 Nr. 3 GG Gebrauch gemacht. Ein elektronischer Personalausweis im Scheckkartenformat soll ab November 2010 den bisherigen Personalausweis ablösen. **Die Aufnahme biometrischer Daten des Gesichts soll verpflichtend werden.** Wenn Bürgerinnen und Bürger dies ausdrücklich wünschen, kann der Ausweis um zwei Fingerabdrücke, eine Internetausweisfunktion und eine qualifizierte elektronische Signatur erweitert werden.

Nr. 63/07 (16. Januar 2009) - Aktualisierte Fassung vom 19. Januar 2009

Lfd.-Nr.	Verkündung	Bezeichnung	Fundstelle
Innerstaatliche Bundesgesetze und Maßnahmen			
1.	07.12.2001	Erstes Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes (sog. Sicherheitspaket 1)	BGBI I 2001, Seite 3319
2.	14.12.2001	Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung	BGBI I 2001, Seite 3436
3.	11.01.2002	Terrorismusbekämpfungsgesetz (TBG, sog. Sicherheitspaket 2)	BGBI I 2002, Seite 361
4.	14.08.2002	Geldwäschebekämpfungsgesetz	BGBI I 2002, Seite 3105
5.	29.08.2002	Vierunddreißigstes Strafrechtsänderungsgesetz - § 129b StGB (34. StrÄndG)	BGBI I 2002, Seite 3390
6.	07.12.2003	Zweites Gesetz zur Änderung des Zollverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze	BGBI I 2003, Seite 2146
7.	27.12.2003	Gesetz zur Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze	BGBI I 2003, Seite 2836
8.	01.05.2004	Errichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	BGBI I 2004, Seite 630
9.	28.07.2004	Gesetz zur Sicherung von Verkehrsleistungen (Verkehrsleistungsgesetz - VerKLG)	BGBI I 2004, Seite 1865
10.	14.12.2004	Einrichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)	per Organisationserlass (unveröffentlicht)
11.	14.01.2005	Gesetz zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben [Hinweis: § 14 Abs. 3 LSiG ist gemäß des Urteils des BVerfG, BvR 357/05 vom 15.02.2006 (BVerfGE 109, 279) mit dem GG unvereinbar und damit nichtig.]	BGBI I 2005, Seite 78
12.	30.12.2006	Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder (Gemeinsame-Dateien-Gesetz - GDG)	BGBI I 2006, Seite 3409
13.	10.01.2007	Gesetz zur Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz - TBEG)	BGBI I 2007, Seite 2
14.	31.12.2007	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG [Hinweis: teilweise ausgesetzt durch Beschl. des BVerfG, 1 BvR 256/08 vom 11.03.2008 und vom 28.10.2008 (BGBI. I 2008, Seite 659 u. 1850)]	BGBI I 2007, Seite 3198
15.	20.08.2008	Gesetz zur Ergänzung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschebekämpfungsergänzungsgesetz)	BGBI I 2008, Seite 1690
16.	31.12.2008	Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt	BGBI I 2008, Seite 3083
17.	verabschiedet	Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften	BT-Drs. 16/10489, BT-Drs. 16/11419
Zustimmungsgesetze zu internationalen Abkommen (ohne Ausführungsgesetze)			
18.	11.10.2002	Gesetz zum Internationalen Übereinkommen vom 15. Dezember 1997 zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge	BGBI II 2002, Seite 2506
19.	24.12.2003	Gesetz zum Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus	BGBI II 2003, Seite 1923
20.	31.12.2003	Gesetz zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und zum Internationalen Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen	BGBI II 2003, Seite 2018
21.	27.07.2004	Gesetz zum Abkommen vom 3. März 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität	BGBI II 2004, Seite 1059
22.	08.12.2004	Gesetz zum Abkommen vom 7. April 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung	BGBI II 2004, Seite 1570
23.	17.07.2006	Gesetz zum Vertrag vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration	BGBI II 2006, Seite 626
24.	29.12.2007	Gesetz zu dem Abkommen vom 26. Juli 2007 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS) (PNR-Abkommen 2007)	BGBI II 2007, Seite 1978
25.	04.08.2008	Gesetz zu dem Abkommen vom 24. September 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich	BGBI II 2008, Seite 758
26.	29.10.2008	Gesetz zu dem Abkommen vom 31. August 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von schwerwiegenden Straftaten und der organisierten Kriminalität	BGBI II 2008, Seite 1182